

**MINISTER FÜR FAMILIE,  
GESUNDHEIT UND SOZIALES**  
ANTONIOS ANTONIADIS

PRESSEMITTEILUNG – 06. Dezember 2018

**Europäischer Wohnungstisch erstmals in Eupen**

## **Grenzüberschreitender Austausch zur Zukunft des Wohnungswesens**

**Um überregionale Ansätze kennenzulernen und den gegenseitigen Austausch zu fördern, findet seit 1995 zweimal jährlich der Europäische Tisch zusammen. Dies ist ein Zusammenschluss von mehreren Wohnungsbauverbänden vertreten durch insgesamt 30 Wohnungsbaugesellschaften aus Belgien, Deutschland, Luxemburg und den Niederlanden. Kürzlich kamen die Vertreter im Kloster Heidberg erstmals in Ostbelgien zu einer zweitägigen Sitzung zusammen.**

Steigende Mieten, überteuertes Bauland, Digitalisierung und Wohnungsknappheit - wenn es ums Wohnungswesen geht, sind die Herausforderungen vielerorts die gleichen.

Über diese Themen haben die Teilnehmer intensiv ausgetauscht und nach gemeinsamen Lösungsansätzen gesucht. Aufgrund ihrer politischen Aktualität war die Zuständigkeitsübertragung des Wohnungswesens von der Wallonischen Region an die Deutschsprachige Gemeinschaft Gegenstand der Gespräche. Zu diesem Anlass stellte DG-Minister Antonios Antoniadis (SP) den Anwesenden die wichtigsten Punkte der anstehenden Übertragung vor und ging auf Zukunftsvisionen in Ostbelgien ein.

„Wir nehmen eine ganze Menge aus den Diskussionen mit!. Gerade jetzt, wo wir in der Lage sind, den Wohnungsbau in Ostbelgien neu zu gestalten, sind wir auf das Knowhow von Experten aus dem In- und Ausland angewiesen. So können wir uns von bereits erfolgreich umgesetzten Konzepten das Beste aussuchen und eine Scheibe abschneiden. Zudem haben wir wertvolles Feedback zu unseren zukünftigen Vorhaben erhalten“, so Minister Antoniadis.

Die Deutschsprachige Gemeinschaft erhält zum ersten Januar 2020 die Zuständigkeit für das Wohnungswesen. Damit verbunden sind Mittel in Höhe von 4,4 Millionen Euro.

Neben einer partnerschaftlichen Zusammenarbeit mit den Gemeinden setze die Regierung ebenfalls auf eine Beteiligung privater Investoren, so der Minister.

Schon zu Beginn des kommenden Jahres werde die Regierung Arbeitsgruppen einsetzen, die sich mit der Schaffung entsprechender Konzepte befassen. Eine erste Veranstaltung zu diesem Thema sei noch vor Ende des Monats Februar geplant.